

Diese Zeitung erscheint täglich zwei Mal,  
Morgens 8 Uhr und Abends 6 Uhr.  
Vierteljährlicher Abonnementspreis für Stettin 1 thlr. 10 sgr.,  
mit Botenlohn 1 thlr. 17 sgr. 6 pf.  
Für Pommern und das übrige Deutschland 1 thlr. 11 sgr. 6 pf.



Bestellungen nehmen alle Postämter an.  
Für Stettin: die Graßmann'sche Buchhandlung,  
Schulzenstraße Nr. 341.  
Redaction und Expedition daselbst.  
Insertionspreis: Für die gespaltene Pettizelle 1 sgr.

# Stettiner

# Zeitung.

Abend-Ausgabe.

No. 42.

Freitag, den 25. Januar.

1856.

## Orientalische Frage.

Man schreibt der „S. V. S.“ von Wien, 22. Januar: „Der größte Theil des unter den Befehlen des Generals Grafen Coronini stehenden Korps soll seinen Rückmarsch nach Siebenbürgen und Ungarn antreten. Als Besatzung für Bukarest und Jassy bleibe eine einzige Division unter dem Kommando des Feldmarschall-Lieutenants Grafen Paar zurück. So eben erfahre ich aus authentischer Quelle, daß der von Oesterreich ausgehende Vorschlag eines Waffenstillstandes auf die Dauer von drei Monaten sowohl von Seiten Rußlands als auch Frankreichs angenommen sei. Die Einwilligung Englands wird erwartet.“

Die Mehrzahl der Offiziere, denen in Folge der Kapitulation von Karz gestattet wurde, sich zurückzuziehen, ist in Konstantinopel eingetroffen, darunter auch Baron Schwarzenberg. Sie stimmen sämtlich darin überein, daß es außerordentlich leicht gewesen wäre, Karz mit Lebensmitteln zu rechter Zeit zu versehen und es so zu retten; um so mehr sind sie verwundert, daß Selim Pascha noch nicht vor ein Kriegsgericht gestellt worden, da er an Allem schuld sei.

Der Bey von Tunis hat an seine in Konstantinopel befindlichen Truppen einen auf den bekannten zwischen Tunisen und Franzosen stattgehabten blutigen Konflikt bezüglichen Tagesbefehl übersandt, der folgendermaßen lautet:

„Wir haben eine Thatfache erfahren, die uns eben so tief betrübt, als in ein peinliches Erstaunen versetzt und unsere Seele mit Unruhe und Schmerz erfüllt hat. Es ist in Konstantinopel zu einem Konflikt mit gewaffneter Hand zwischen einem Detachement unserer Truppen und einigen Soldaten unserer Freunde, der Franzosen, gekommen; es hat in Folge dieses Konflikts Todte und Verwundete gegeben. Dieses Ereigniß hat in unsern Augen große Verhältnisse angenommen; es ergreift uns aus mehreren Gründen; der erste und gerechteste ist der Umstand, daß dieser Konflikt mit unsern Freunden und Nachbarn, den Franzosen, stattgefunden hat; der zweite liegt darin, daß das Ereigniß sich in einem Momente zutrug, in welchem die Hand der beiden Nationen an der Erzielung desselben Zweckes arbeitet und ihre Herzen von demselben Wunsche durchdrungen sind; der dritte beruht darin, daß die sträflichen Handlungen meiner Soldaten außerhalb ihres Landes stattgefunden haben, so daß sie auch die verdiente Bestrafung am Orte ihres Verbrechens, ferne von ihrem Vaterlande, erleiden werden. Es sollen daher alle Offiziere und Unteroffiziere in den Kasernen zusammentreten, und ihnen dieser Tagesbefehl vorgelesen werden, damit ihnen Allen der Schmerz kund werde, den dieses Ereigniß uns verursacht hat. Wir waren weit von dem Gedanklen entfernt, daß unsere Truppen uns in unsern theuersten Empfindungen würden betreiben können. Wir beten zum höchsten Gott, daß wir künftighin nicht mehr Ursache haben mögen, dergleichen Handlungen beklagen zu müssen. Wir bitten ihn, uns Gutes und Nützlichendes eingeben zu wollen, damit wir mit dem wohlwollenden Beistand unserer Freunde an das von uns ersehnte Ziel gelangen. Gott ist der sichere Führer zu Allem, was gerecht ist. Friede mit Euch!“

Die Untersuchung über den Vorfall ist bekanntlich im Gange; wie es heißt, soll die Schuld der Tunisen sich geringer erweisen, als es zuerst den Anschein hatte.

## Deutschland.

SS Berlin, 24. Januar. Die Justiz-Kommission des Hauses der Abgeordneten hat über den Gesetzentwurf, betreffend die Abgaben und Lasten aus der vorläufigen Strafverurteilung wegen Uebertretungen, ein Gesetz, welches in den beiden letzten Sessionen der zweiten Kammer schon eingebracht, aber stets zurückgezogen worden, durch den Abg. Becker (Königsberg) Bericht erstatten lassen. Der Bericht weist zunächst die Bedürfnisfrage nach und giebt durch eine klare Darstellung der bei den bisherigen Bestimmungen fühlbaren Lücken den Beweis, daß eine nähere Festsetzung darüber, welcher Klasse die Geldbußen aus den vorläufigen Strafverurteilungen zufließen sollten, fehle. Nachdem darauf die hier einschlagende übrige Gesetzgebung einer näheren und Bezug nehmenden Betrachtung unterworfen worden, folgt die Angabe der Gründe, welche die Kommission zu einer bedeutenden Amendirung der Vorlage bewegen haben, wobei namentlich auf das bevorstehende Gesetz über die Verwaltung der ländlichen Orts-Polizei Rücksicht genommen worden. In Anbetracht dieser Verhältnisse hat sich die Kommission bewegen gefunden, die 5 Paragraphen der Vorlage in 3 Paragraphen umzuändern, so daß das Gesetz nach den Kommissionsvorschlägen, deren Annahme empfohlen wird, in seinem Wortlaut folgende Fassung erhalten hat:

§. 1. Mit der Polizei-Verwaltung ist sowohl das Recht auf die vom Polizei-Verwalter in Gemäßheit des Gesetzes vom 14. Mai 1852 (Gesetz-Samm. S. 245) endgültig festgesetzten Geldbußen und Konfiskate, als auch die Verpflichtung verbunden, die durch Festsetzung und Vollstreckung der Strafen entstehenden uneinziehbaren Kosten zu tragen.

Wenn jedoch, wie z. B. im §. 47 der Feldpolizei-Ordnung vom 1. November 1847, in Ansehung gewisser Uebertretungen besonders bestimmt ist, wohin die durch dieselben verwirkten Geldbußen oder Konfiskate fließen sollen, so hat es bei dieser Bestimmung sein Bewenden.

§. 2. Ist nach §. 2 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 in einer Gemeinde die örtliche Polizei-Verwaltung besonderen Staats-Beamten übertragen, so gebühren die von der Ortspolizei-Behörde wegen Uebertretungen festgesetzten Geldbußen und Konfiskate, unbeschadet der Bestimmung im zweiten Alinea des §. 1, der Gemeinde.

§. 3. Die Vorschriften dieses Gesetzes finden auch auf die vor dessen Erlaß erfolgten und noch nicht vollstreckten Strafverurteilungen Anwendung.

Ferner liegen dem Hause der Abgeordneten zwei Anträge des Abg. Reichensperger (Geldern) in Betreff der Grundsteuerfrage vor.

1) Das Haus der Abgeordneten wolle folgendem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben:

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. c., verordnen unter Zustimmung der beiden Häuser wie folgt:

§. 1. Die Besitzer solcher zum platten Lande gehöriger Güter oder Grundstücke, welchen eine Grundsteuer-Befreiung oder Bevorzugung nicht mittelst eines für das einzelne Gut oder Grundstück oder für mehrere namhaft gemachte Güter oder Grundstücke ertheilten speziellen Privilegiums vom Staate verliehen ist, haben vom 1. Juli 1856 an gerechnet ein Dritteltheil desjenigen Grundsteuerbetrages, zu welchem die vorbezeichneten Grundstücke bei der gemäß §. 4 des Gesetzes vom 24. Februar 1850 vom Finanz-Minister bewirkten vorläufigen Grundsteuer-Veranlagung eingeschätzt worden sind, ohne Entschädigung zu entrichten.

§. 2. Der Finanz-Minister hat zur Ausführung dieses Gesetzes die erforderlichen Anweisungen zu erlassen.

In den Gründen wird ausgeführt, daß die früheren Grundsteuerbefreiungen und Bevorzugungen endgültig aufgehoben seien, und die Entscheidung darüber, ob und in wie weit den Besitzern der bisher befreiten oder bevorzugten Grundstücke eine Entschädigung zu gewähren sei, lediglich vorbehalten und die wirkliche Erhebung dieser Grundsteuer keineswegs von der vorherigen Regulirung der Entschädigungsfrage abhängig erklärt worden sei.

Es wird ferner auf die bereits im Jahre 1852 von der Regierung bei der zweiten Kammer eingebrachte Vorlage, betreffend die Veranlagung und Erhebung der Grundsteuer und die desfalls zu gewährenden Entschädigungen hingewiesen, welche nach Verwerfung des beantragten Entschädigungsmodus zurückgezogen worden. Besonders Gewicht wird auf den Ausspruch der dieser Vorlage beigegebenen Denkschriften gelegt, worin die k. Staatsregierung mit großer Bestimmtheit das im Allgemeinen Landrecht Th. II. Tit. 14. §. 1 und 2 bezeichnete Hobeitrecht der gleichmäßigen Besteuerung alles Grundes und Bodens aufrecht erhalten, und insbesondere „mit Entschiedenheit die Ansicht zurückgewiesen wird, nach welcher die Aufhebung der Grundsteuerfreiheiten ohne die Gewährung einer s. g. vollen Entschädigung geradezu als ein Eingriff in wohlverworbene Privatrechte, als eine Rechtsverletzung bezeichnet wird.“

Schließlich wird hervorgehoben: Die persönlichen Steuer-Exemtionen der Geistlichen und Lehrer sind der Bestimmung der Verfassungs-Urkunde gemäß längst abgeschafft, die Bedürfnisse des Staatshaushalts sind in stetem Wachsen begriffen, die in den beiden letzten Jahren bewilligten 25 Prozent Zuschläge zu den persönlichen Steuern sind nach den eigenen Erklärungen des königlichen Finanz-Ministers auf die Dauer schließlich unzulässig, sie sind ganz besonders aber in den gegenwärtigen Zeiten der Aheuerung im höchsten Grade drückend, während d. s. große Grundeigentum, welches zumeist die rechtlich längst aufgehobenen Steuer-Privilegien noch immer theilhaftig fortgenießt, es ist, welchem diese Aheuerung sogar wesentlich zum Vortheile gereicht, mithin zeit- und sachgemäßer zu der ihm obliegenden Besteuerung nicht herangezogen werden kann, als eben jetzt.

Der zweite von demselben Abgeordneten eingebrachte, und wie der erste von einer großen Anzahl Abgeordneter der Provinzen Rheinland und Westphalen unterzeichnete Gesetzentwurf, betreffend die Herabsetzung des Grundsteuer-Kontingents der westlichen Provinzen, lautet:

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. c. verordnen, mit Zustimmung der beiden Häuser, was folgt:

§. 1. Vom 1. Januar 1857 an gerechnet bis zu dem Zeitpunkte, wo die Grundsteuer-Ausgleichung in der ganzen Monarchie bewirkt ist, wird von dem Grundsteuer-Kontingente der beiden westlichen Provinzen denselben eine Million Abaler bebaueter Verwendung zu Provinzial- oder Kommunalzwecken überwiesen.

§. 2. Der Finanz-Minister hat zur Ausführung dieses Gesetzes die erforderlichen Anweisungen zu erlassen.

Motiv. Die Ausgleichung der Grundsteuer in der Monarchie ist eine unabwendbare, durch wiederholte Beschlüsse der Lan-

des-Vertretung anerkannte und darum bis zu ihrer Gewähr nothwendig wiederkehrende Forderung des Rechts und der Billigkeit.

Der an Alexander von Humboldt Exc. durch eine Deputation des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung heute überreichte Ehren-Bürgerbrief von Berlin lautet:

„Wir, der Magistrat der königl. Haupt- und Residenzstadt Berlin, urkunden und bekennen hiermit, daß wir, im Einverständnisse mit der Stadtverordneten-Versammlung, Seine Excellenz den königlichen Geheimen-Rath, Mitglied der Akademie der Wissenschaften u. c., Ritter des schwarzen Adler-Ordens, Herrn Freiherrn Friedrich Wilhelm Heinrich Alexander von Humboldt, den Ehrenmann des Deutschen Volkes, dem Er eine reiche Quelle der Fortbildung, Belehrung und sittlichen Erhebung geworden ist; — der im Dienste der Wissenschaft während eines langen mühevollen Lebens mit seltener Geistesklarheit und Herzenswärme die ausgezeichnetsten Erfolge erreichte und sich Selbst einen unsterblichen Ruhm und Namen errang; — der insbesondere den Gesetzen der Natur in dem organischen Leben in allen Erdtheilen nachforschte, diese Gesetze mit Scharfsinn erkannte und da zur Klarheit brachte, wo bisher Verwirrung herrschte; dessen scharfem Blicke das Innere der Erde und das Geheimniß der Gestaltung der Erdoberfläche sich erschloß, und der in allen Gebieten der Naturwissenschaft neue Erkenntnisse gefördert und neue allseitig bereits anerkannte Systeme geschaffen hat und die Einheit der Welt-Erscheinungen zur Anschauung brachte; im Anerkenntnisse dieser seiner hervorragenden Stellung in der Wissenschaft, und im Anerkenntnisse seiner seltenen Eigenschaften als Mensch und Bürger unserer Stadt, der Er seit 84 Jahren angehört und in der Er bis auf diesen Tag in ungeschwächter Kraft und voller Geistesfrische fortwirkt, zum Ehrenbürger der Stadt Berlin ernannt haben. Dessen zur Urkunde und als ein Zeichen der ganz besonderen und aufrichtigen Verehrung ist dieser „Ehren-Bürger-Brief“ unter unserer Unterschrift und unter Anhängung unseres großen Stadt-Insigels ausgefertigt worden.“

Berlin, am 24. Januar 1856.

Krausnick. Raunyn.

(und Unterschrift sämtlicher Stadträthe.)

Herr v. Humboldt erwiderte auf die Anrede des Oberbürgermeisters Krausnick:

„Sie haben mir, hochverehrte Männer, durch den lebendigen und berechneten Ausdruck des Wohlwollens dieser großen Stadt, die ich heute mit erhöhtem Stolze meine Vaterstadt nenne, eine Ehre erwiesen, die von keiner derer übertroffen wird, welche mir durch die frühe Aufmunterung meiner Zeitgenossen in einem langen und vielbewegten Leben zu Theil geworden sind. Was von den ruhmvollen und großen wissenschaftlichen Vereinen ausgeht, bezieht sich auf den Ausbau des Wissens, des Erkennens, des Forschens; auf die mühevollen, nicht immer gefahrlosen Bestrebungen, die physische Welt der Erscheinungen und das, was wir von ihren ewigen Gesetzen zu verstehen glauben, vernunftgemäß zu deuten. Sie dagegen berühren durch das, was Sie mir so liebevoll darbieten, eine andere Region: die der Gefühle, der heiligen Pflichten und zarten Bande des Bürgerlebens. Sie schenken mir durch Ihre Gabe das ehrenvolle Zeugniß, daß Sie Ihre Billigung nicht versagen den Richtungen meiner Besinnung und Wünsche als Bürgers und Gliedes des gemeinamen Vaterlandes; nicht der Wärme und Ausdauer, mit welcher ich (seit mehr als einem halben Jahrhundert) in allen meinen Schriften diese Richtungen unwandelbar zu verteidigen strebe. Worte fehlen mir, um dieser großen, durch Kunstliebe und Gewerbe-Fleiß verherrlichten Stadt, die das Centrum der Monarchie bildet und mich zu ihrem Ehrenbürger ernannt hat, meinen tiefgefühlten Dank darzubieten. Dieser Dank empfängt hier noch eine höhere Weihe in der Erinnerung an die immer fortwachsende Sorgfalt, mit der die Väter der Stadt, zur Freude eines hochbegabten, mein Alter durch seine Huld verschönernden Monarchen, die Mittel vervielfältigen, durch welche zwanglos Erhöhung der Intelligenz und veredelnde Sittlichkeit auch in die ärmeren arbeitenden und schon deshalb um so achtungswertheren Schichten des Volkslebens dringen. Die edelste und eine unverwiltliche Blüthe des Wohlstandes ist die, welche sich im Schooß fortschreitender geistiger Kultur entfaltet.“

Berlin, 25. Januar. Se. Maj. der König nahm gestern Vormittag den Vortrag des Kriegsministers Graf von Waldersee entgegen und begab sich alsdann zur Hofjagd nach dem Forstrevier Grunewald. Allerhöchstdemselben folgten dorthin der Prinz von Preußen, der Prinz Karl, der Prinz Albrecht, der Großherzog von Weimar, der Prinz-Regent von Baden, der Prinz Wilhelm von Baden, der Herzog Wilhelm von Mecklenburg, die Fürsten von Ratzeburg, die Generale v. Neumann, von Brangel, der russ. Milit.-Bevollmächtigte Gen. Gr. v. Benden-dorf, und viele andere Militärpersonen, eben so, wie wir hören, die Minister v. Manteuffel und v. Bodelschwingh. Nach dem Schluß der Jagd fand das Diner im Schlosse zu Charlottenburg statt und später kehrte Se. Maj. mit den Prinzen des königl. Hauses und Allerhöchstdemselben Gästen nach Berlin zurück. Se. K. H. der Großherzog von Weimar, Höchstwelder sich be-

reits am Mittwoch Abend bei S. M. der Königin und den übrigen Mitgliedern der königl. Familie verabschiedet hatte, trat, wie wir erfahren, nebst Höchstseiner Gefolge um 6 1/2 Uhr die Rückreise nach Weimar an. Abends erschienen die hohen Herrschaften theils in der Oper, theils im Schauspielhaus.

Ihre Maj. die Königin hat in den letzten Tagen den größten Theil der hier selbst aus milden Beiträgen eingerichteten öffentlichen Kochanstalten besucht. Ihre Majestät hat überall mit größtem Interesse von den getroffenen Einrichtungen Kenntniß genommen und sich namentlich von der Güte der zubereiteten Speisen überzeugt. (B. 3.)

In Gegenwart des Admirals Prinzen Adalbert von Preußen, des Ministerpräsidenten Freiherrn v. Mantuffel und anderer hochgestellter Personen fand am 22ten im Seeadetten-Institut (im Bierschen Hause) die Prüfung von 24 Seeadetten statt, welche sich während des Sommers an Bord der Fregatte „Thetis“ befunden hatten.

Vor der vierten Deputation der Abtheilung des hiesigen Stadtgerichts für Untersuchungssachen wurde heute der bekannte Prozeß wieder den Literaten Dr. Behse wegen Verleumdung und Verleumdung des Herzogs Wilhelm von Mecklenburg verhandelt.

Das der Anklage zum Grunde liegende Sachverhältnis ist folgendes: Der Dr. Behse hat im Verlage der Buchhandlung Hoffmann und Campe zu Hamburg ein umfangreiches Werk erscheinen lassen, welches den Titel führt: „Geschichte der kleinen deutschen Höfe.“ Im 3. Bande dieses Werkes finden sich Seite 49 und 50 mehrere den zur Zeit im königl. preuß. Garde-Kürassier-Regt. als Major dienenden Herzog Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin betreffende Stellen, welche den Thatbestand der Verleumdung und Verleumdung enthalten. Die Verleumdungen des Prinzen werden darin gefunden, daß demselben ein Spitzname beigelegt wird, welcher geeignet ist, den Prinzen lächerlich zu machen, und daß spezielle Thatfachen über ihn mitgetheilt werden, welche geeignet sind, den Verdacht eines unehrenhaften Lebenswandels gegen ihn zu erwecken. Die Verleumdung des Prinzen wird darin von der Anklage gesucht, daß derselbe eines sehr schweren Verbrechens angeklagt wird. Der Prinz soll sich nämlich eines ganz jungen unerfahrenen Mädchens Namens Sophie Karoline Marie Düde aus Kleinow bemächtigt und mit demselben eine Scheintrauung mit Hilfe des Sohnes eines Legations-Raths und einiger verlappter Lieutenanten vollzogen haben, ohne daß das Mädchen den wahren Stand des Prinzen gekannt hat. Die Angehörigen des Mädchens sollen durch falsche Dokumente und nachgemachte Wechsel getäuscht worden sein. Späterhin wäre die Sache, obwohl man bemüht gewesen, solche sorgsam zu verbergen, bekannt geworden, das getäuschte Mädchen sei noch obenin von den Mecklenburgischen Gerichten ins Zuchthaus geschickt, einer ihrer Verwandten seines Amtes als Chauffeur entsetzt, der Prinz aber unter dem Schutze seiner Mutter, der Großherzogin-Witwe Alexandrine, straflos ausgegangen.

Dies ist der Thatbestand der Anklage. Der Angeklagte, aufgebracht, sich über diesen Thatbestand auszulassen, giebt zu, daß er die fraglichen Stellen in das in Frage stehende Werk aufgenommen und das Manuscript zu solchem verfaßt habe, daß auch das Werk öffentlich verbreitet worden sei. Der Angeklagte erklärt sich außer Stande, den Beweis der Wahrheit der von ihm über den Herzog gemachten Mittheilungen zu führen. Der Angeklagte giebt an, daß er das Opfer einer ihm vom Buchhändler Campe in Hamburg gespielten Täuschung sei. Dieser habe ihm die betreffenden Materialien geliefert, und ihm wiederholt versichert, daß solche von einem ganz zuverlässigen Manne herührten, der über die Mecklenburger Verhältnisse genau unterrichtet sei. Jetzt weigere sich Campe, diesen angeblichen Mann zu nennen und werde ihm, dem Angeklagten, daher die Vertheidigung vollständig abgeschnitten. — Der Staatsanwalt überreichte später die vom Mecklenburgischen Kriminalgericht zu Bügow verhandelten Akten gegen die unerehelichte Düde und deren Gesessen, aus denen sich nach der Mittheilung des Vorsitzenden ergibt, daß die Düde eine Betrügerin ist, welche niemals in irgend eine Berührung mit dem Herzog Wilhelm von Mecklenburg gekommen ist. Der Vertheidiger des Angeklagten erkennt an, daß dieses richtig sei.

Eine Beweisaufnahme findet nicht statt, da der Angeklagte die Verbreitung des fraglichen Buchs selbst eingeraumt hat. Das Plaidoyer zwischen dem Staatsanwalt und dem Vertheidiger dreht sich hauptsächlich um das zu erkennende Strafmaß. Der Staatsanwalt verlangt die höchste gesetzliche Strafe von 18 Monaten Gefängniß, weil der vorliegende Fall der schwerste sei, welcher in der Kategorie der Verleumdung gedacht werden könne. Es könne jemand kaum niederträchtiger handeln, als wenn er ein junges unbescholtenes Mädchen durch eine Scheintrauung zum Opfer seiner List mache und dieselbe nachher nicht nur in hilflosem Zustande verlasse, sondern sie noch auf das Zuchthaus bringe. Eine ärgere Verleumdung könne gar nicht erdacht werden. Als besonders erschwerender Umstand trete noch der hohe Stand des Verleumdigen hinzu und die engen Beziehungen desselben zu unserm Königshause, welches von einer so schweren Verleumdung eines seiner nächsten Anverwandten schmerzlich berührt werden müsse. Der Prinz sei nicht nur Stabsoffizier in der Garde, sondern auch der Sohn der Schwester Sr. Majestät des Königs und der Bruder des regierenden Großherzogs von Mecklenburg. Mit dem Herzoge zugleich seien auch die Mecklenburgischen Gerichte beleidigt, da von diesen behauptet werde, daß sie sich dazu hergegeben hätten, die unschuldig betrogene Düde ins Zuchthaus zu sperren.

Der Vertheidiger hebt als Milderungsgrund hervor, daß der Angeklagte vom Buchhändler Campe getäuscht worden sei.

Der Gerichtshof erkennt nach längerer Berathung auf eine sechsmonatliche Gefängnißstrafe und Vernichtung der betreffenden Stellen des inkriminirten Buchs.

Zugleich wurde dem Herzoge das Recht der öffentlichen Bekannmachung des ergangenen Urtheils zugesprochen.

Die „Sp. Stg.“ versichert, daß Herr Ascher die Friedrich-Wilhelmsstädtische Bühne nicht verlassen werde, daß vielmehr zwischen ihm und Herrn Direktor Veichmann so eben ein neuer mehrjähriger Kontrakt abgeschlossen sei, nachdem einige in Bezug auf Aenderung der Gagenverhältnisse vorhanden gewesene

Differenzen zu beiderseitiger Zufriedenheit ihre völlige Erledigung gefunden haben. Dagegen scheine sich der Abgang des Herrn Görner zur Kroll'schen Bühne zu bestätigen. — Dasselbe Blatt bemerkt in Bezug auf die Inhabirung des Schauspielers von Dr. Wolffsch „Nur eine Seele“, daß gutem Vernehmen nach in Folge weiterer Verhandlungen in den nächsten Tagen die völlig unveränderte Aufführung des Stückes erfolgen dürfte.

**Sittit, 19. Januar.** Wir haben seit der vergangenen Nacht ununterbrochenes Schauerwetter, so daß die starke Schneebahn in der Stadt und auf den Landwegen sich mit Wasser füllt. Seit mehreren Wochen ist von eigentlicher Kälte gar nichts zu spüren.

### Rußland und Polen.

Aus St. Petersburg wird gemeldet, der Kaiser habe durch Ulas dekretirt, zehn neue Serien Papiergeld, eine jede zum Betrage von drei Millionen Silber-Rubeln zu emittiren und acht früher ausgegebene, im Betrage von 24 Millionen, zu erneuern. Im Ganzen für 54 Millionen Silber-Rubel.

**Selsingfors, 10. Januar.** Die Direktion der finnischen Bank hat unterm 2. d. M. bekannt gemacht, daß zur Bekämpfung der außerordentlichen Staats-Ausgaben für dieses Jahr, für Rechnung des Staates, ein Anlehen von 600,000 R. Silber durch die Direktion gegen zinstragende Obligationen aufgenommen werden soll. (S. B. S.)

### Preussische Marine-Zeitung.

**Danzig, 19. Januar.** Die Geschäftigkeit auf den hiesigen königl. Kriegs-Werften ist eine außerordentliche. Große Massen des besten polnischen Kron-Eichenholzes sind aufgestapelt, 3 gewaltige Hellinge sind errichtet, auf deren einem bereits Mitte vorigen Monats der Kiel der neu zu erbauenden Dampfcorvette „Arcona“ (28 Kanonen, 300 Pferdekraft) gestreckt worden ist. Binnen Kurzem wird auch der der Schrauben-Korvette „Gagelle“ gelegt werden. Ebenso wird der aus freiwilligen Sammlungen entstandene Schooner „Frauengabe“ zum Frühjahr für den Kriegsgebrauch disponibel sein. — Die alte Dampfcorvette „Barbarossa“ ist zum Jakarinen- und Hospitalsschiff umgewandelt und ganz abgetakelt und desarmirt worden. — Der Andrang junger Leute zum Avantagur-Seedienst ist in neuerer Zeit wieder ein größerer geworden.

### Provinzielles.

**4. Wolgast, 24. Januar.** Unser Fahrwasser ist jetzt wiederum vom Eise frei, auch ist die Fahrt in See bis zu den Inseln Rügen und Die überall ungehindert. Kapit. Jäger vom Schraubendampfer „Marie“ hat bereits Dreie, sich zum Laden bereit zu machen. Die „Marie“ wird, dem Vernehmen nach, eine Ladung Weizen von hier nach einem schottischen Hafen einnehmen und mit Eilen besetzt auf hier reitouriren. Heute früh war das dem Geh. Kommerzienrath Homeyer gehörige, neu erbaute Bugstboot „Peene“ gebozt, um mehrere Fahrzeuge von Swinemünde seewärts heraufzubolen. Vor der Abfahrt ereignete sich jedoch der Unfall, daß eine Welle an der Maschine zerbrach, und wird nun statt der neuen, die alte „Peene“ so lange in Dienst gestellt werden, bis die Reparatur der gebrochenen Welle bei Frachtenacht und Brod ausgeführt ist.

Seit mehreren Tagen haben wir warme Luft und dicke Nebel, die Stadt und Umgegend in ein einförmiges, übertriebenes Grau hüllen.

\* Swinemünde. Der Schiffskapitän Carl Gottlieb Wilhelm Knop hieselbst ist zum königl. Vootsenkommandeur ernannt.

### Stettiner Nachrichten.

**5 Stettin, 25. Januar.** Der Jahresbericht des Zöllner Rettungshauses ist diesmal, um in der theuren Zeit die Druckkosten möglichst zu sparen, sehr kurz ausgefallen. Die Ansicht hat im vergangenen Jahre manche Trübsal erlebt, aber auch die Freude gehabt, daß von den 17 im J. 1855 entlassenen Knaben eigentlich nur 2 in die frühere Zuchtlosigkeit zurückgefallen sind; die übrigen führen sich mehr oder weniger gut, zum Theil musterhaft. Die ganze Einnahme, mit Inzurrechnung des vorjährigen Bestandes, ferner eines Legats von Herrn Dänger im Betrage von 500 Thlr. und der zum Schuldentilgungsfonds hinzugekommenen, meist durch einen Frauen- und Jungfrauen-Hilfsverein beschafften Gelder, hat die bedeutende Summe von 554 Thlr. 3 pf. betragen. Von der Bauschuld haben 800 Thlr. getilgt werden können; im Uebrigen schließt die Rechnung mit einem Bestande von nur 19 Sgr. 1 pf. und einem Rest in der Schuldentilgungskasse von 23 Thlr. 28 Sgr. 10 pf. ab. Die Wirtschaftskosten haben 2694 Thlr. 7 Sgr. 11 pf. betragen, was bei einer Hausgenossenschaft von nahe an 90 Personen und bei der großen Ueberung aller Lebensbedürfnisse so gering erscheint (kaum 30 Thlr. pro Kopf, incl. Licht und Wasche), daß es nur aus den ziemlich bedeutenden Natural-Geschenken, die der Anstalt aus Stadt und Land zu Theil wurden, erklärt werden kann. Am 3. August dieses Jahres erlebt die Anstalt ihr 25jähriges Jubiläum. Möchte es ein rechtes Jubeljahr für sie werden, und sie nach dem zweiten Vierteljahrhundert auf noch größeren Egen zurückblicken können, als sie es mit Dank gegen den Herrn nach Vollendung des ersten schon jetzt vermag!

\*\* Der hiesige patriotische Krieger-Verein zählt gegenwärtig ca. 1000, allen Ständen und Berufsstellen angehörende Mitglieder. Die wohlthätigen Eistungen des Vereins befinden sich im blühenden Zustande. So hat z. B. die Sterbe-Unterstützungskasse seit ihrer Gründung gegen 4000 Thlr. (im Betrage von 20 Thlrn. für jeden Sterbefall) an die Hinterbliebenen verstorbener Vereinsmitglieder zahlen können und auch durch die Kranken-Unterstützungskasse ist viel Noth gelindert worden.

\*\* Der einzige Preuze, welcher bei Gelegenheit der Pariser Ausstellung von der Prüfungskommission in der XII. Abtheilung (für Pharmazie, Medizin und Chirurgie, für Gesundheits- und Veterinar-Kunde) eine offizielle Auszeichnung in Form lebender Anerkennung erhalten hat, ist einer unserer Mitbürger, Herr Dr. Otto Schür, Besitzer einer Fabrik künstlicher Mineralwässer. In der That dürften im In- und Auslande wenige Fabriken dieser Art bestehen, die bei so musterhafter Einrichtung, in Gemischer Beziehung so gute Fabrikate liefert, als die genannte. Hr. Dr. Schür hat gegenwärtig nach Pariser Modellen Selterwässerflaschen anfertigen lassen, die sich durch ihre praktische und gefällige Einrichtung namentlich für Gasthofsbesitzer außerordentlich empfehlen. Die betreffende Flasche ist durch eine Metallkapsel verschlossen, an welcher sich ein Hahn befindet, der während dem Eingießen mit derselben Hand durch den Druck einer Feder leicht und beliebig geöffnet werden kann, und alsdann mittelst einer mit ihm in Verbindung stehenden Glasröhre — die inmitten der Flasche fast bis auf den Boden derselben reicht — so viel Mineralwasser entströmen läßt, als erfordert wird.

\*\* An Stelle des ausgetretenen Altermannes der hiesigen Kaufmanns-Schützengilde, des Wäblers Hennig, welcher 30 Jahre diesem Institut vorgestanden, ist gestern der Rfm. Sapel gewählt worden, und der Antrag, den Wäbler Hennig zum Ehrenmitglied der Gilde zu ernennen, dem Vernehmen nach, einstimmig von der Versammlung angenommen worden. — Wie man laßt, steht Letzterem für seine nun 50jährige Thätigkeit als Bürger dieser Stadt auch eine Anerkennung und Gratulation von Seiten des Magistrats bevor.

\*\* Herr v. Goerner, früher Hauptmann bei den Schleswig-Holsteinischen Jägern, als welcher er alle Feldzüge der Jahre 1848,

49 und 50 mit vieler Auszeichnung mitgemacht hat, seit der Auflösung des Heeres hier in Stettin in einem Versicherungs-Bureau beschäftigt, hat gestern von dem englischen Kriegsministerium die Aufforderung erhalten, sich am 1. Februar in Schorncliffe zu stellen, um im neugebildeten 6. Regiment ein Kommando zu übernehmen. Derselbe reist heute schon, begleitet von den Segenswünschen seiner Freunde, die er in kurzer Zeit durch seine außerordentliche Liebenswürdigkeit gewonnen, nach seinem neuen Bestimmungsorte ab.

\*\* Die hiesige Norddeutsche Zeitung hat in diesem Jahre der Vossischen Zeitung den Rang abgelassen. Von Lauenburg ist ihr der erste Schmetterling eingekandt und der erste Storch aus Frankfurt a. O. angemeldet worden, ersterer ein kleiner „Fuchs“, der im Stalle des Herrn Schmidt in Garzigar groß geworden und eingekangen ist, der letztere ein so lebensmüdes Exemplar, daß er von den Bauern des Dorfes, wo er auf seiner Irrfahrt anfehrte, sich in die warme Stube führen und hier gastlich stärken ließ.

(Personal-Chronik.) Des Königs Majestät haben dem Regierungsrath-Sekretair Schön hier selbst den Charakter als Kanzleirath, und dem Regierungsrath-Sekretair Marwitz hier selbst den Charakter als Rechnungsrath-Alergnadigst zu verleihen geruht. — Der Rittergutsbesitzer, Ober-Amtmann Meyer auf Staffelde, ist von der Kreis-Tags-Versammlung zum Kreis-Deputirten Randow'schen Kreises gewählt und bestätigt worden. — Der Pastor und bisherige Superintendentur-Berweser Klopsch ist zum wirklichen Superintendenten der Synode Naugard ernannt und in sein Amt eingeführt worden. — Dem Förster Kannengießler ist die bisher probeweise von ihm verfehene Försterstelle zu Falkenwalde im königlichen Forst-Reviere gleichen Namens vom 1. Januar 1856 ab definitiv verliehen worden.

### Börsenberichte.

Stettin, 25. Januar. Witterung: Veränderlich, Temperatur + 7°, Wind SW

Am heutigen Landmarkt hatten wir eine Getreide-Zufuhr bestehend aus: — W. Weizen, 3 W. Roggen, — W. Gerste, — W. Erbsen, 4 W. Hafer. Bezahlt wurde für Weizen 80 — 96, Roggen 80 — 84, Gerste 54 — 60, Erbsen 84 — 88 R. per 25 Scheffel, Hafer 38 — 42 R. per 26 Scheffel.

Weizen, matter. In loco 88.90%, gelber 115 R. bez., geringer 80% R. bez., 80 R. bez., 7er Frühjahr 88.80%, gelber Durchschn. Qualität 112 R. bez., 84.90%, 102 R. bez.

Roggen, flau. In loco 86 1/2 R. effekt. 7er 82 1/2 R. bez., 81.85 R. bez., 7er 82 1/2 R. bez., eine Anmeldung 7er 82 1/2 R. bez., 77 1/2 R. bez., 82 1/2 R. bez., 7er Januar und Januar-Februar und Febr.-März 79 R. bez., 7er Frühjahr 80, 79 1/2 R. bez., 79 1/2 R. bez., 7er April-Mai 79 1/2 R. bez., 7er Mai-Juni 80 R. bez.

Gerste, loco 75 1/2 R. Br., 77 1/2 R. bez., 75 1/2 R. bez., 7er Frühjahr gr. pomm. 75 1/2 R. eff. 60 R. bez., 74.75 R. gr. pomm. 58 R. bez., do. ohne Benennung 57 R. bez.

Hafer loco 52 1/2 R. 39 à 40 R. Br., 7er Frühjahr 50.52 R. ohne Benennung ercl. voll. und preuß. 37 1/2 R. bez.

Erbsen loco kleine Koch. 86 à 89 R. Br., gr. 92 R. Br. Keinöl loco mit Faß 16 R. bez. u. Br.

Rappfuchen loco 2 1/2 R. bez. u. Br.

Rüböl, flau, loco 7 1/2 R. bez., Januar-Febr. und Februar-März 16 1/2 R. Br., 7er April-Mai 16 1/2 R. bez. u. Gd., 16 1/2 R. Br., 7er Sept.-Okt. 14 1/2, 1/2, 1/2 R. bez.

Spiritus, weichend, loco ohne Faß 12 1/2 % bez., 7er Jan. und 7er Jan.-Febr. 12 1/4 % Br., 7er Febr. 12 1/4 % bez., 7er Febr.-März 12 3/8 % bez., 12 1/4 % Br., 7er März 12 1/4 % bez., 7er März-April 12 1/4 % bez. und Gd., 7er Frühjahr 12 % bez., Br. u. Gd.

Zink ohne Handel.

Die telegraphischen Depeschen melden: Berlin, 25. Januar, Nachmittags 2 Uhr. Staatsschuldenscheine 88 bez. Prämien-Anleihe 3 1/2 % 112 1/2 bez. 4 1/2 % Staatsanleihe von 1854 101 bez. Berlin-Stettiner 167 bez. Stargard-Poener 93 bez. Köln-Mindener 163 1/2 bez. Französisch-Österr. Staats-Eisenbahn-Aktien 143 Gd. Wien 2 M. 93 1/2 bez.

Roggen 7er Januar-Februar 80, 79 R. bez., Februar-März 79 1/2 R. bez., 7er Frühjahr 79 1/2 R. bez., 80 R. bez.

Rüböl loco 17 R. Br., 7er Januar 16 % — 17 R. bez., 7er April-Mai 17 R. bez.

Spiritus loco 28 1/2 R. bez., 7er Januar-Februar 28 1/2, 1/2 R. bez., 7er Febr.-März 28 1/2 R. bez., 7er April-Mai 29 1/2, 30 R. bez.

Stettin, den 25. Januar 1856.

	Gefördert	Bezahlt.	Geld.
Berlin	kurz 100	100	—
Breslau	kurz	—	—
Hamburg	kurz 152	152	—
	2 Mt.	—	—
Amsterdam	kurz	142 1/2	—
	2 Mt.	—	—
London	kurz 6 24	—	—
	3 Mt.	6 21	—
Paris	3 Mt.	79 1/2	—
Bordeaux	3 Mt.	79 1/2	—
August'or	3 Mt.	79 1/2	—
Freiwillige Staats-Anleihe	4 1/2 %	—	—
Neue Preuss. Anleihe 1850/52	4 1/2 %	—	—
do. 1854	4 1/2 %	—	—
Staats-Schuldscheine	3 1/2 %	—	—
Staats-Prämien-Anleihe	3 1/2 %	—	—
Pomm. Pfandbriefe	—	97 3/4	—
Rentenbriefe	4 %	—	—
Ritt. Pomm. Bank-Act. à 500 Thlr. incl. Dividende v. 1. Jan. 1855	—	—	—
Berl.-Stett. Eisenb.-A. Litt. A. B.	—	—	—
do. Prioritäts	4 1/2 %	102 1/2	—
Stargard-Pos. Eisenb.-Actien	3 1/2 %	—	—
do. Prioritäts	4 1/2 %	—	—
Stettiner Stadt-Obligationen	3 1/2 %	—	95
do. do.	4 1/2 %	101	—
do. Strom-Vers.-Actien	—	190	—
Preuss. National-Vers.-Act.	4 %	123	123
Preuss. See-Ass.-Actien	—	670	—
Pomerania See- u. Fluss-Vers.	—	113	112 1/2
Stettiner Börsenhaus-Oblig.	—	—	100
do. Schauspielhaus-Oblig.	5 %	—	—
do. Speicher-Actien	—	97	—
Vereins-Speicher-Actien	—	—	—
Pomm. Prov.-Zuck.-Sied.-Actien	—	—	—
Neue Stett. Zuck.-Sied.-Actien	—	1300	—
Walmühlen-Actien	—	1600	—
Stett. D.-Schleppsch.-Ges.-Act.	—	1500	—
do. Dampfschiff-Vereins-Act.	—	375	—
Pomm. Chaussee-Bau-Oblig.	5 %	105	—
Stettiner Portland-Cement-Act.	—	140	—
Neue Dampfer-Comp. 1. Serie	—	—	108
2. Serie 109 1/2 à 110 bez.	—	—	—

### Barometer- und Thermometerstand bei C. F. Schulz & Co.

	Januar	Morgens 6 Uhr.	Mittags 2 Uhr.	Abends 10 Uhr
Barometer in Pariser Linien auf 0° redigirt.	24	332,60"	331,72"	330,05"
Thermometer nach Reaumur.	24	+ 2,7°	+ 5,2°	+ 4,3°